

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

15.06.2023

Inhalt

EWN

1 LNG-Gesetz im Bundesrat: Schwerin will „große Sorgen“ ansprechen <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 15.06.2023</i>	3
2 Rügen soll Konzept für erneuerbare Energien bekommen <i>Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung, 15.06.2023</i>	4
3 Atomkraft: Ewiges Dilemma oder doch Konzept für die Zukunft? <i>br.de, 14.06.2023</i>	5

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 15.06.2023 | S. 16

📄 Auflage: 25.909 | Reichweite: 70.189

👤 Martina Rathke, Frank Pubantz

FLÜSSIGGASTERMINAL VOR RÜGEN

LNG-Gesetz im Bundesrat: Schwerin will „große Sorgen“ ansprechen

Landeshauptstadt hofft auf millionenschwere Zusagen aus Berlin als Kompensation für den Terminalbau

Scheitert das LNG-Terminal auf der Insel Rügen am Widerstand aus Schwerin? Die Landesregierung geht am Freitag mit einer kritischen Haltung in den Bundesrat, wo erstmals über die Aufnahme des Hafens Mukran in das LNG-Beschleunigungsgesetz beraten werden soll. In der Sitzung werde die Landesregierung die großen Sorgen, die es im Land MV gebe, ansprechen, sagte ein Sprecher des federführenden Wirtschaftsministeriums. Offenbar hat sich die Landesregierung auch intern noch nicht auf eine einheitliche Position verständigen können. Die Gespräche dazu liefen weiter, hieß es. Vor allem Umweltminister Till Backhaus (SPD) stellt sich quer. Schwerin werde überrollt, Berlin mache seine Hausaufgaben nicht.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Philipp Amthor hat große Zweifel, dass die Bundesregierung es schafft, das Verfahren vor der Sommerpause anzuschieben. Anlass: Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) ist nach OZ-Informationen am Mittwoch im Petitionsausschuss des Bundestags zu früheren Aussagen zurückgerudert. Im fachlich zuständigen Energieausschuss habe die Ampel-Koalition Öffentlichkeit verhindert. Sein Eindruck sei, dass immer noch viele Widersprüche zwischen Bundes- und Schweriner Landesregierung bestehen, so Amthor. „Ein Kommunikationsdesaster.“

Der SPD-Abgeordnete Erik von Malottki zeigte sich von den Aussagen Habecks im Petitionsausschuss enttäuscht. „Das Bundeswirtschaftsministerium hat es

noch nicht verstanden, die Sorgen der Menschen auf Rügen ernst zu nehmen.“ Es fehle noch immer an der angekündigten Dialogbereitschaft.

Offenbar ist der Bund bislang auch nicht bereit, auf die 950 Millionen Euro schweren Forderungen als Kompensation für den Terminalbau einzugehen, die Wirtschaftsminister Reinhard Meyer und Backhaus Ende Mai aufgemacht hatten. Die Bundesregierung habe den Vorschlag zur Kenntnis genommen, so eine Sprecherin von Habeck. Ein Großteil der Forderungen, wie Infrastruktur- und Forschungsprojekte, lägen aber außerhalb der eigenen Zuständigkeit oder stünden nicht im direkten Zusammenhang mit der Stationierung der Regasifizierungsschiffe in Mukran, sodass seitens des Ministeriums keine Zusagen gemacht werden könnten.

In dem Forderungskatalog hatte Schwerin unter anderem Geld für den Ausbau des Hafens gefordert. Der Großteil sollte in den Ausbau der Bahninfrastruktur gehen. Aus Schwerin hieß es, dass man zu den Forderungen in direktem Kontakt mit der Bundesregierung stehe und „bereits feste Termine zu weiteren Absprachen“ vereinbart wurden.

Nach der Beratung in der Länderkammer am Freitag muss der Gesetzesentwurf den Bundestag durchlaufen und erneut in den Bundesrat gehen, der am 7. Juli ein letztes Mal vor der Sommerpause berät. Auf der Tagesordnung des Bundestages steht das Thema noch nicht.

ZU BESUCH IN SCHWERIN**Rügen soll Konzept für erneuerbare Energien bekommen****Nach Treffen mit Bürgerinitiativen: Ministerpräsidentin will Sorgen der Rügener beim Thema LNG im Bundesrat offen ansprechen**

Für Rügen soll ein Energiekonzept auf der Basis von erneuerbaren Energien erarbeitet werden. Die solle unter Leitung von Landwirtschafts- und Umweltminister Till Backhaus (SPD) geschehen. „Wir haben die Initiativen eingeladen mitzuarbeiten“, so Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) nach einem Gespräch mit Rügener Bürgerinitiativen.

Deren Vertreter haben am Dienstag in der Landeshauptstadt Schwerin bei der vorgeschrieben. In einem Schreiben hatten sie sich zuvor erneut gegen die LNG-Pläne vor Rügen ausgesprochen und um einen Gesprächstermin vor der Bundesratssitzung am kommenden Freitag gebeten.

An dem Gespräch nahmen für die Landesregierung neben der Ministerpräsidentin die Minister Reinhard Meyer (Wirtschaft) und Till Backhaus (Umwelt) teil. Für die Initiativen reisten Andrea Kähler (Sellin), Carmen und Wolfgang Kannengießer (Wählergemein-

schaft „Für Rügen“), Ulrike Werner (Binz) und Thomas Kunstmann (BI „Lebenswertes Rügen“) ins Schweriner Schloss.

Die Initiativen hätten die Fragen nach der Gasnotlage und dem bestehenden Bedarf betont, so Kunstmann im Anschluss an das Gespräch.

Auch Schwesig äußerte sich zu dem Treffen. „Wir haben zugesagt, dass wir in der Bundesratssitzung am Freitag die nach wie vor bestehenden großen Sorgen, die es bei uns in Mecklenburg-Vorpommern gibt, offen ansprechen werden“, sagte die Ministerpräsidentin. Es gebe immer noch große Zweifel daran, ob wirklich Bedarf für ein weiteres LNG-Terminal bestünde. Daher habe sie vorgeschlagen, ein Gespräch mit der Bundesnetzagentur zu führen.

Besonders begrüßten die Teilnehmer den Vorschlag ein Energiekonzept für die Insel Rügen auf der Basis von erneuerbaren Energien zu erarbeiten.



br.de | 14.06.2023

Roswitha Polaschek, Peter Allgaier

WEBLINK

Atomkraft: Ewiges Dilemma oder doch Konzept für die Zukunft?

Deutschland hat sich von der Atomenergie verabschiedet. Gleichzeitig steigt der Bedarf an Strom. Kernkraft-Forscher plädieren deshalb für Atommüll-Recycling - auch wenn das in Deutschland nicht leicht umzusetzen ist.

Strom aus Atomkraft ist in Deutschland Geschichte - die Diskussion über Atomkraft geht allerdings weiter. Immer wieder wurde gefordert auch die bayerischen Atomkraftwerke zu reaktivieren. Etwa jenes in Gundremmingen, das einst leistungsstärkste AKW Deutschlands. Am 31. Dezember 2021 wurde es abgeschaltet.

Seither befindet sich das Kernkraftwerk im Rückbau, der bereits weit vorangeschritten ist. Die Kühltürme sind zum Großteil entkernt, die Generatoren ausgebaut. Laut Standortleiter Heiko Ringel ist es deshalb nicht möglich, das AKW wieder zu aktivieren. Auch wenn ein veraltetes TÜV-Gutachten das Gegenteil behauptet.

Wohin mit dem Atommüll?

Es bleibt das Problem mit dem Atommüll. In Gundremmingen kann laut Ringel zwar sehr viel Material wiederverwertet werden. Materialien, die nur leicht radioaktiv sind, können dem Standortleiter zufolge gereinigt werden. Hochradioaktives Material verbleibt aber im AKW.

Nuklearforscher Bruno Merk beschäftigt sich seit vielen Jahren mit der Frage, ob Atommüll recycelt werden kann. Inzwischen arbeitet er in Großbritannien, an der University of Liverpool, weil er in Deutschland keine Zukunft für die Atomforschung sieht. Die Regierung in Großbritannien habe sich laut Merk für die Kerntechnik entschieden, "nicht zuletzt aufgrund von Simulationen, die wir gemacht haben, wo wir gezeigt haben, dass das Netz in UK nicht stabil sein wird", sagte der Forscher bei BR24live.

Merk: Großteil des radioaktiven Mülls kann wiederverwertet werden

"Wir müssen hin zu modernen Recycling-Methoden zur Wiederverwendung von Materialien," sagt Merk - sodass am Ende nur ein kleiner Teil des ursprüng-

lich radioaktiven Materials in ein Atommüll-Endlager müsste: "95 Prozent ist Uran und das könnten wir mit der entsprechenden Technologie in Energie umsetzen". Er geht davon aus, dass, wenn Uran tatsächlich in Energie umgesetzt würde, Deutschland von keinerlei Energie-Importen mehr abhängig wäre.

Noch ist es aber nicht so weit: "Wir müssen das Ganze so optimieren, dass sich das auch rechnet. Also dass wir genügend Energie erzeugen, dass das System auch bezahlbar bleibt. Wir haben die Grundlagen geliefert, jetzt geht es um Investitionen. Es geht darum, das Ganze in die Anwendung zu bringen."

Ein Kämpfer gegen die Atomkraft

Ganz anders blickt Raimund Kamm auf das Thema Atommüll. Er kämpft seit Jahrzehnten gegen die Atomkraft, weil er sie für immens gefährlich hält. Er sagt: "In so einem Castor ist mehr Radioaktivität, als bei dem Atom-Unfall in Tschernobyl freigesetzt worden ist".

Kamm fordert von der bayerischen Regierung deshalb, mehr Geld in alternative Energien zu stecken. Seiner Meinung nach ist Atomstrom nicht von so übertragender Bedeutung, wie von vielen Menschen behauptet: "2022 haben wir weltweit weniger Strom produziert als vor 20 Jahren". Er führt seit Jahrzehnten Bilanz über Kernkraftwerke weltweit und betont, dass Atomstrom circa doppelt so teuer sei wie Strom aus alternativen Quellen - zumindest wenn man die Atommüllbeseitigung mitrechne.

Kernenergie liegt in vielen Ländern im Trend

Während in Deutschland der Atomenergieausstieg endgültig vollzogen ist, setzen dagegen weltweit viele Länder nach wie vor auf Kernenergie. Und beim Thema Atomstrom ist Europa vorne mit dabei. Denn ein Viertel aller Atomkraftwerke steht in Ländern der Euro-

päischen Union, die meisten in Frankreich und Spanien. Die Slowakei baut aktuell zwei neue Reaktoren und auch Ungarn, Bulgarien und Slowenien planen neue Meiler.

China setzt bei Atomkraft auf neue Technologien

Außerhalb Europas setzen Staaten stattdessen immer mehr auf neue Technologien. China beispielsweise baut Atomkraftwerke der dritten und vierten Generation. Die versprechen eine hohe Betriebssicherheit und sollen künftig auch weniger Platz brauchen. In den nächsten Jahren will China bis zu 47 neue Atomreaktoren fertigstellen.